

Aktuelle Information

für Presse und Öffentlichkeit - 30. Juli 2017



Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

Auto-Beschäftigte diskutieren „Autokartell“ und beraten 20-Punkte-Forderungskatalog

Am Samstag, 29. Juli, lud Monika Gärtner-Engel, Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl für die Internationalistische Liste / MLPD in Baden-Württemberg im Arbeiterbildungszentrum Süd in Stuttgart-Untertürkheim zur Podiumsdiskussion „Siegmar und das Autokartell“ ein.

Auf dem Podium konnte sie Volker Kraft, Betriebsrat und Schwerbehindertenvetreter bei Daimler in Untertürkheim, Richard Heberle, der 30 Jahre bei Bosch in Feuerbach arbeitete, Klaus-Jürgen Hampeis, Pressesprecher der Internationalen Automobilkoordinierung in Stuttgart, Julia Scheller, Landesvorsitzende der MLPD und Siegmar Herrlinger von Porsche Weißach begrüßen.

Anlass war der sich aktuell zuspitzende Skandal um das „Autokartell“ sowie der skandalöse Umgang der Firma Porsche sowie reaktionärer Betriebsrats- und IGM-Funktionäre mit dem „Abgasskandal“ ebenso wie mit dem mutigen Vertrauensmann Siegmar Herrlinger. Er hatte seit Monaten konsequent auf der Aufklärung von Verstrickungen in den „Abgasskandal“ in der gesamten Automobilindustrie – auch bei Porsche – bestanden. Völlig zu Recht, wie sich jetzt am Stichwort Ceyenne zeigt. Über 100 Besucher folgten den spannenden Ausführungen. Es gab 21 sachkundige Beiträge aus dem Publikum.

Siegmar Herrlinger ist seit 39 Jahren bei Porsche tätig und seit vielen Jahren Repressionen ausgesetzt. Weil er konsequent von den Arbeiterinteressen ausgeht, erhielt er bereits 2002 eine Kündigung, die vor Gericht keinen Bestand hatte. Jetzt war sein „Vergehen“, dass er seit Aufkommen des VW-Abgasbetrugs darauf bestand, dass der Vorstand Wort hielt als er erklärte: „Betrug am Kunden geht gar nicht, wir werden aufklären“.

Siegmar Herrlinger hatte auf mehreren Betriebsversammlungen die Dieseldisziplin angesprochen und Aufklärung verlangt. Er wurde darauf hin freigestellt, erhielt Hausverbot und wurde mit üblen Nachreden und Drohungen, einem System von Mobbing vor allem von Seiten des Geschäftsführers Herr Haffner und des Betriebsratsvorsitzenden Uwe Hück überzogen.

Immer mehr kommt an die Öffentlichkeit, dass Siegmar Herrlingers kritische Nachfragen völlig zu Recht erfolgten und sich bestätigen. Aktuell wurde der Cheyenne-Diesel aus dem Verkehr gezogen. Nicht nur Porsche auch Daimler, Audi und Bosch geraten zusammen mit VW und BMW immer tiefer in den Sog der Krise, was nicht erst auf der Veranstaltung äußerst sachkundig belegt wurden.

Betriebsrat Volker Kraft berichtete von großen Sorgen in der Belegschaft

MLPD
Member of ICOR
Zentralkomitee

Schmalhorststraße 1c
45899 Gelsenkirchen

TELEFON
+49(0)209 95194-0

TELEFAX
+49(0)209 9519460

E-MAIL
info@mlpd.de

WEB
www.mlpd.de

Pressesprecher
Peter Weispfenning

aufgrund der vagen Versprechungen, in der kürzlich ausgehandelten Betriebsvereinbarung für Untertürkheim, die bei allen Zugeständnissen zugleich mit der Abschaffung von Schutzrechten, Erhöhung der Leiharbeitsquote auf 10 % und Samstag als Regelarbeitstag verbunden ist.

Es geht den Kolleginnen und Kollegen um Arbeitsplätze für die Jugend und Schutz vor Luftverschmutzung. *„Während die Kollegen gern Brennstoffzellenautos herstellen würden, wird der E-Smart gebaut mit überteuerten Batterien, deren Kauf vom Staat mit 4000 Euro gefördert wird, was dem Wert der Batterien entspricht,“* so Kraft.

Das Podium und die Besucher waren einig, dass Fahrverbote für Diesel-PKW nur auf Kosten der Konzerne Sinn machen. Diese müssen kostenlos mit SCR Katalysatoren umrüsten, die 95 % der Stickoxide heraus filtern, was heute etwa 1500 Euro kostet. Ein Update der Software dagegen ist technischer Betrug. Der Öffentliche Nahverkehr muss – insbesondere bei Fahrverboten - kostenlos werden und von den Konzernen bezahlt werden kann. Kartellstrafen können bis zu 10 % des Umsatzes ausmachen. Mit diesem Geld könnte der Nahverkehr in ganz Deutschland kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Monika Gärtner-Engel fasste die im Verlauf der Diskussion eingebrachte Forderungen in einem 20-Punkte Forderungskatalog zusammen, der sich auf die Aufklärung, strafrechtliche Verfolgung und Haftung der Verantwortlichen, die unbedingte Solidarität und Ächtung des Mobbings gegen mutige Arbeiter, entsprechenden Rechtsschutz, aber auch die gegenseitige Fürsorge sowie einen aktiven Kampf verbunden mit Öffentlichkeitsarbeit bezieht.

Der Abend machte die ganze Dimension des Skandals deutlich, der die Automonopole und deren Unterstützer in eine Glaubwürdigkeitskrise stürzt. Gleichzeitig kam geballte Kompetenz, Lebenserfahrung und Solidarität zum Ausdruck, die Mut machen, die Forderungen durchzusetzen. Für die Unterstützung von gemäßregelten Kollegen ohne Rechtsschutz wurden 337,31 Euro gesammelt.

Solidarität ist stärker als das Autokartell!